



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919**

95 (27.2.1919) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-184090](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-184090)



Unternehmungen in Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland und Sagen unterliegen soll. Er geht unter der Parole: Nieder mit der Nationalversammlung, nieder mit Ebert, Noske und Scheidemann! Die Regierung hat versprochen, daß jetzt mit der Sozialisierung ernst gemacht werden soll. Die sozialistische Revolution mag und soll aufpassen, daß diese Verfahren gehalten wird. Wenn sie den Sozialdemokraten in der Richtung blüht, die bürgerlichen Widerstände zu überwinden, so kann es ein Erfolg sein.

Spartacus kann aber nicht sozialisieren, er kann nur alles ruinieren. Sozialisierung ohne eine demokratisch organisierte Volksgemeinschaft, wie die dazu reifen Produktionsmittel in ihr, ist sinnlos. Jeder Arbeiter soll den Mut haben, in seinem Betrieb zu sagen: Es wird nicht gestreikt, es wird nicht gepulst und die Demokratie verteidigen wir gegen jeden Angriff von rechts und links, wir haben an einer Spartacuswoche genug und wollen keine Wiederholung.

**„Gleichheit“ in München.**

München, 27. Februar. (Von unserm Berliner Büro.) Wie dem Sozial-Anzeiger aus München gemeldet wird, haben die Arbeiter eine Lebensmittelrationierung angeordnet, danach erhalten die Arbeiter die doppelte Lebensmittelmenge wie die Bürgerlichen. Die Sozialisten haben sich in den Besitz der Rotenpresse und der Druckerei gesetzt. Es werden nun von ihnen Rufen gebracht und in Umland gelebt.

**Kirchenschändungen in Bamberg.**

Bamberg, 26. Febr. (W. B.) Der „Freiwillige Kurier“ meldet aus Bamberg: Noch der für heute anlässlich der Einschätzung eines von etwa 5000 Personen besuchten Kranerkrandgebungs kam es zu schweren Ausschreitungen jugendlicher Hooligans und halbwegsige Turfschen. Diese zogen, um gegen die Verweigerung des angeordneten Stodengeldes zu protestieren, nach der St. Marienkirche und dem Dom, dem erzbischöflichen Palast und der Klosterkirche St. Jakob. Die versperren Kirchenräume wurden mit Steinen und Stenmeiseln gewaltsam gesprengt und schwer beschädigt. Soldaten und Polizisten drangen in die Kirche und setzten die Glocken in Bewegung. Der Dompropst Kapitulat Dr. Geiger und der Erzbischof Dr. von Haub wurden schwer am Leben bedroht. Herbeigerufene Artillerieabteilungen mit Maschinengewehren und Schymannsaufgebote stellten die Ordnung wieder her. 13 Hauptschuldige wurden verhaftet.

**Die gesetzgebende Versammlung in Preußen.**

Weimar, 27. Febr. (Von unserm Vertreter.) Am kommenden Mittwoch wird in Berlin die gesetzgebende Versammlung Preußens zusammentreten, die Konstituante des größten deutschen Einzelstaates, der an sich auch heute noch die Republik hätte, ein Großstaat zu sein. Man wird, soweit es irgend angeht, vermeiden, daß die Berliner und die Weimarer Versammlung zu gleicher Zeit tagen. Auch so hat die schnelle Folge, in der die Berliner gesetzgebende Versammlung die von Weimar abgelöst, allerlei Mißliches, schon darum, weil man die Gegenstände, die wir soeben erst an der Unnotdurft festhalten zu haben glauben an der Spree leicht wieder aufgetrieben werden müssen. Das ist zunächst der Fall in der Frage der Wehrrechtsbildung und damit der Zusammensetzung der Regierung. Das Mehrheitsverhältnis liegt in Preußen im großen und ganzen ähnlich wie im Reich. Auch in Preußen genügen Sozialdemokratie und Demokratie zur Mehrheit. Aber auch hier ist eine Mehrheit, also auch eine Regierung aus Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum an sich denkbar. Indes komplizieren sich die Dinge bei näherem Zusehen gerade hier einigermaßen. Im Reich war es, sobald man sich erst über das Tempo der Sozialisierung verständigt hatte, nicht allzuschwer, für die drei Parteien eine gemeinsame Plattform zu finden. Das wird in Preußen nicht so mühelos gelingen. Ueber die Frage der Kirche mag man, wenn das Zentrum Selbstbestimmung übt, ohne im übrigen, was niemand von ihm verlangen wird, etwas von seinen Grundföhen und idealen Forderungen aufzugeben, nur Not sich noch einig werden. Schwieriger wird der Fall bei der Schule liegen. Die Demokratie kann nicht — ebensowenig natürlich wie die Sozialdemokratie — auf die ausnahmslose Durchführung der weltlichen Schulaufsicht verzichten. Das Zentrum aber wünscht grundsätzlich, die Schule auf nicht eigens vorgebildete Fachmänner, sondern Geistliche übertragen zu sehen und man hat einzuwirken noch feinerer Anzeichen dafür, daß es geneigt oder bereit wäre, von dieser seiner Kardinalforderung abzusehen.

Wie die Dinge im Moment liegen, ist angesichts der Materie, die die Landesgesetzgebung in Preußen zu beschäftigen hat, an sich eine Mehrheitskonstellation von Sozialdemokraten, Demokraten und Deutsche Volkspartei erheblich leichter herzustellen. Die Gegenstände gehen — immer in Ansehung der besonderen Aufgaben des preußischen Parlaments — hier weit weniger tief, die Opfer, die zum Zwecke des gemeinsamen Marschierens von den einzelnen Parteien verlangt werden, sind weit geringer und wir können es uns wohl vorstellen, daß selbst der Sozialdemokratie auf dem Felde der preußischen Landesgesetzgebung ein Vorkommen mit den Nationalliberalen weniger Überwindung kostet, als mit dem Zentrum. Dennoch glauben wir nicht, daß man im Ernst diesen Weg wird gehen können. Schon im November hat sich das Sozial mit den verschiedenen Mehrheiten, das, was Friedrich Meinecke „das Sehen bald auf das deutsche, bald auf das preußische Pferd“ genannt hat als gefährlich für die innere Politik im Reich wie in Preußen erwiesen. Unter den neuen Verhältnissen könnte es leicht schiefgehen und, zerstörend, ausklingend wirken. Man darf doch nicht übersehen, daß der auf Grund des nämlichen Wahlrechts wie im Reich gewählten preußischen Landesversammlung ein, nach anderer Autorität beizubehalten wird, als dem alten Abgeordnetenhaus. Dieses Dreiklassenhaus hat in Wahrheit niemals mit dem Reichstag des allgemeinen Wahlrechts konkurrieren können. Die Regierung hat sich mit ihm über manche schwere Situation hinweg, weil es eine gewisse Institution in ihrer Hand war. Aber das Ansehen des alten Landtags war geringer, selbst bei denen, die seine treuesten Vorstöße und Annahmer seiner Privilegien waren. Das W. B. A. Hand weit hinter dem W. B. A. zurück und den Massen vollends hat das Dreiklassenhaus als Haus der Schande und der Wehrrechtsmach. Das alles wird in Zukunft sich gründlich ändern und deshalb scheint es uns unerlässlich, solange man sich nicht dazu entschließen kann, die Einzelstaaten ihrer bisherigen Machtvolle und Souveränität zu entziehen, daß in dem archaischen und wirklichen von ihnen keine andere Politik geführt wird, als im Reich. An Beziehungen wird es trotzdem nicht fehlen.

Der preussische Verfassungsentwurf ist, wie man uns erzählt, dem des Reichs bis ins einzelne getreu nachgebildet. Natürlich soll Preußen auch einen selbstständigen Präsidenten bekommen und man laßt uns, der wäre schon um deswillen nötig, weil in Konfliktfällen jemand da sein müßte, der das Parlament nach Hause schickt. Preußen sei eben ein Großstaat und bleibe es. Das wird zunächst zur Folge haben, daß auch die anderen Einzelstaaten es für



Die polnischen Wünsche auf deutsches Gebiet.

ihre Ehrenpflicht halten werden, sich eigene Präsidenten zuzulegen, auch diejenigen Mitgliedstaaten, die bisher vernünftig genug waren, auf den Schmutz eines Staatspräsidenten zu verzichten. Ueber die deutschen Lande werden sich also in einiger Frist wieder die Hoffnungen von so und so vielen ungekrönten Hauptern ausbreiten und es wird nicht an Leuten mit unverbildetem und natürlichem Sinn fehlen, die mit berechtigtem Erlaunen fragen werden, warum es denn nötig war, die alten Dynastien fortzuschmeißen, wenn dann statt ihrer an allen Ecken und Enden neue eingetauscht werden sollen.

Aber das ist im Grunde doch alles nebensächlich. Wichtiger scheint uns, wichtiger und verhängnisvoll zugleich, daß wir in Berlin zwei Präsidenten haben werden, mit allen Rivalitäten, persönlichen und sachlichen, die unter Menschen die notwendige Folge sind. Man hat zeitweilig an eine Personalunion gedacht. Aber der Gedanke ist, kaum ausgesprochen, wieder verschwunden. Diese Personalunion wäre in der Tat der erste Schritt zur Restauration. Dann hat man gesagt: der eine muß weichen. Der Reichspräsident soll auswandern mit seinem ganzen Stab, mit Reichsämtern und Gesandtschaften seinen Sitz wo anders aufschlagen. Für diese Idee wird jetzt viel in Weimar geworben und sie findet bei der starken Verstimmung, die seit dem Krieg, aber vornehmlich durch ihn und in der Zeit nach ihm, gegen Weimar ausgekommen ist, täglich neue Anhänger. Der Vorgang ist an sich nicht ohne Beispiel in der Staatsgeschichte. Ob es wirklich notwendig ist und nur die gebieterische Notwendigkeit könnte bei unserer dermaligen Finanzlage die künstliche Schaffung einer Bundeshauptstadt rechtfertigen, möchten wir nicht entscheiden.

**Verfassungsausschuß der badischen Landesversammlung.**

**Die Regelung der Patronatsfrage in Baden.**

Karlsruhe, 26. Febr. Der Verfassungsausschuß der Badischen Nationalversammlung beschäftigte sich in der letzten Sitzung der ersten Lesung des Verfassungsentwurfs noch einmal mit der Patronatsfrage. Von demokratischer Seite war hierzu ein Antrag eingebracht worden, dahingehend, daß alle Patronate aufgehoben sind. Demgegenüber wurde von den anderen Fraktionen betont, daß die ständes- und grundherrlichen Patronate privatrechtliche Ansprüche sind, in die die Verfassung nicht ohne weiteres eingreifen kann. Man könne wohl die landesherrlichen Patronate aufheben, im übrigen sei aber die Befreiung der Kirchenämter eine innerkirchliche Angelegenheit. Außerdem liegen von der katholischen und evangelischen Kirche Äußerungen vor, wonach diese eine staatliche Aufhebung der privaten Patronate als unbedingten Eingriff in ihr innerkirchliches Recht auffassen müßten.

Mit 16 gegen 5 Stimmen wurde sodann nach längerer Aussprache die Patronatsfrage wie folgt entschieden: Die landesherrlichen Patronate werden aufgehoben. Die Kirchenämter werden durch die Kirchen selbst versehen. Damit war die erste Lesung der Verfassung beendet. Nächste Sitzung unbestimmt.

**Aus der Waffenstillstandskommission.**

**Die Waffenstillstandsverhandlungen vom 25. Februar.**

Berlin, 26. Febr. (W. B.) Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission in Spa vom 25. Febr. Wie bereits in dem Sitzungsbericht vom 21. Februar mitgeteilt wurde, hatten die Franzosen die Rückgabe aller aus Elsaß-Lothringen fortgeführten Dokumente und Archive verlangt. Einen etwaigen Einspruch der deutschen Regierung, daß das Schicksal von Elsaß-Lothringen erst auf der Friedenskonferenz zu regeln sei, hatten sie von vornherein als unzulässig zurückgewiesen.

In der heute überreichten Antwortnote der deutschen Regierung stellte diese trotzdem nochmals fest, daß Elsaß-Lothringen ein Teil des Deutschen Reiches ist, und daß über die Zukunft des Landes erst bei den Friedensverhandlungen entschieden werde. Sie sei jedoch trotz dieser Erklärung grundsätzlich geneigt, Urkunden, die zur Weiterführung der Verwaltung in Elsaß-Lothringen notwendig sind, der französischen Regierung zu überlassen.

General von Hammerstein erhob im Anschluß an diese Note Einspruch gegen die neuerliche Ausweisung von Deutschen aus Elsaß-Lothringen und protestierte dagegen, daß man diesen Leuten zum Teil ihr Geld abnehme. Gleichzeitig hat er, den aus Elsaß-Lothringen ausgewiesenen oder flüchtenden Deutschen in Zukunft zu gestatten, nicht nur begrenzte Geldsummen, sondern ihren gesamten Vermögensbestand mitzunehmen.

Weiterhin ersuchte Herr von Hammerstein die Gegner um Aufklärung, mit welchem Recht belgische Polizeibeamte in dem von britischen Truppen besetzten Köln

deutsche Bürger verhaften, Durchsuchungen vornehmen und deutsches Eigentum beschlagnahmen. Er forderte die Zustimmung, daß die Vornahme politischer Handlungen, soweit sie zulässig sind, in dem von den Engländern besetzten Gebieten nur durch englische Beamten erfolge.

In der Sitzung vom 23. Febr. hatte General Rudant der deutschen Kommission die Aufbringung von weiteren zwei deutschen Dampfern in der Ostsee durch französische Seestreitkräfte mitgeteilt. Da dem einen der beiden Schiffe, dem Dampfer „Reretur“ von der alliierten Waffenstillstandskommission selbst freie Fahrt zugesichert worden war, legt der deutsche Vorgesetzte Protest gegen seine Aufbringung ein und forderte seine Freigabe. Rudant versprach, den Vorgang der zuständigen Stelle zu melden.

Zu der dem Verband übermittelten Bitte der Deutschen Reichsbank, ihren Filialen im besetzten Gebiete zu gestatten, die gesamten rückständigen Abschreibungen der Berliner Direktion zu übernehmen, erklärten die Gegner, sie könnten diesem Wunsche nicht Folge geben. Dagegen werde es den Reichsbankfilialen im besetzten Gebiete erlaubt, ihre Bilanzen durch die Post nach Berlin zu senden.

Wie die Alliierten auf eine deutsche Anfrage mitteilten, ist die Ausfuhr von Soda aus den linksrheinischen Gebieten nach dem unbefetzten Deutschland nicht verboten, aber von einer Ausfuhrerlaubnis abhängig, welche die zuständige Wirtschaftsabteilung der Besatzungsbehörden erteilt.

Anlässlich einer Notiz der Daily Mail, die die Unterseeboote in englischen Häfen sollten auf Abbruch verkauft werden, fragte die deutsche Kommission an, ob diese Mitteilung der Wahrheit entspreche.

Die französische 4. Armee verlangt die vorläufige Einstellung des Abtransportes von deutschem Heeresgut aus dem von ihr besetzten Teile der neutralen Zone. Der deutsche Vorgesetzte stellt fest, daß die Franzosen hierzu nicht berechtigt sind und fordert die Freigabe dieses Heeresgutes. Ferner verlangte er die unverzügliche Aufklärung einer Verletzung der Besatzungsbehörde, nach der die städtischen Behörden in Darmstadt und Offenbach bestimmte Listen über Fabriken und Maschinen aufstellen sollten.

Der in Mühlhausen verhaftete Justizrat Wiegler wurde ins Gefängnis eingeliefert und ist dort einer unmwürdigen Behandlung ausgeheft. Seine Angehörigen dürfen von ihrem Besitztum nichts abheben. Die deutsche Kommission legt Protest gegen ein derartiges Vorgehen der französischen Behörde ein und ersucht um Freilassung Wieglers.

**Erst zahlen, dann Räumung des besetzten Gebietes.**

Amsterdam, 26. Febr. (W. B.) Nach dem Pariser Kontroller des Allgemeinen Handelsabkommens hat die Friedenskonferenz ihre Arbeiten beschleunigt, weil man von den weiteren hinausgehenden der erdültigen Abmachungen keine Vorteile mehr erwarten könne. Es sei daher notwendig, den wirtschaftlichen Notstand etwas zu mildern, um zu verhindern, daß Deutschland dem Bolschewismus in die Hände fällt und um die Handelschiffe und Fischerfahrzeuge, die mit an dem Blockadeleiden beteiligt sind, für andere Zwecke zu verwerfen.

In der finanziellen Frage werde man sich zunächst mit der vorläufigen Festsetzung von Schäden und der von Deutschland zu leistenden Schadenergütung begnügen. Man glaube, daß die Zahlungen ziemlich lang dauern werden, da die Deutschen nur einen kleinen Teil ihrer Schuld mit Gold bezahlen könnten und den Rest mit Rohstoffen abtragen müßten. Während dieser ganzen Zeit wird es notwendig sein, deutsches Gebiet besetzt zu halten, um Bürgschaften dafür zu haben, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommt.

**Letzte Meldungen.**

**Ukrainischer Protest gegen die Besetzung von Odessa durch die Entente.**

Kiew, 24. Febr. (W. B.) In einem Rundschreiben aus Roskau legt die Arbeiter- und Bauernregierung der Ukraine bei allen alliierten Mächten Protest ein gegen die Besetzung von Odessa, Nikolajew und der Eisenbahnlinien dieser beiden Häfen, sowie der ukrainischen Küste des Schwarzen Meeres durch Truppen der Entente und weist darauf hin, daß diese Besetzung gegen den Willen der Bevölkerung und die Versprechungen der Entente selbst vollzogen ist und daß sie unvermeidbarerweise aktive Schritte der Bevölkerung gegen die Ententetruppen zur Folge haben müsse. Die ukrainische Sowjetregierung protestiert weiter gegen die Gewalttatte des alliierten Oberkommandos, welches in den besetzten Gebieten eine Militärdirktarie eingerichtet hat, die die Erinnerung an die dunkelsten Zeiten des Zarismus wachruft. Das Oberkommando der Alliierten hat sich der ukrainischen und russischen Handelsflotte bemächtigt, in welchen Getreide, Zucker und andere Lebensmittel in solchem Umfange transportiert werden, daß die Bevölkerung der Ukraine einer Hungersnot ausgeliefert wird. Die Arbeiter- und Bauernregierung fordert die Zurückziehung der Ententetruppen aus der Ukraine und erklärt ihre Bereitwilligkeit, zum Zwecke des Abschlusses eines Vertrags mit der Entente in Verhandlungen einzutreten, unter der Voraussetzung, daß die Entente auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse der Ukraine verzichtet.

**Helmfehr der Ostafrika-Deutschen.**

Berlin, 26. Febr. (W. B.) Von amtlicher Stelle geht uns die Nachricht zu, daß die britische Regierung das Zugeständnis gemacht hat, die in Deutsch-Ostafrika befindlichen Deutschen, soweit diese es selbst wünschen, sobald wie möglich ihrer Heimat zuzuführen. Nach einer enalischen Mitteilung beabsichtigt die Gesamtheit derjenigen, welche einen solchen Wunsch ausdrücken, auf 96.

**Ausweisung aller Deutschen aus England.**

Amsterdam, 26. Febr. (W. B.) Daily Express erfährt, daß das Ministerium des Innern beschließen habe, alle Deutschen ohne Ausnahme aus dem Lande zu verweisen, sobald sie aus den Internierungslagern entlassen würden. Kein deutscher Reklamer wird in England bleiben dürfen.

**Der Transport der polnischen Division von Frankreich nach Polen.**

Paris, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Die Frage des Transportes der polnischen Division von Frankreich nach Polen wurde im Jännerausschuß diskutiert. Marshall Foch erstattete Bericht und gab seine Zustimmung zum Durchzug durch Dantzig und Thorn. Die Schwierigkeiten des Materialtransportes sind allerdings noch nicht beseitigt.

**Mailbox, 26. Febr. (W. B.)**

An der Post ist die große Dem... die niedergebrannt 10.000 Berliner Getreide und... sind verwirrt worden. Während der Getreidebesitzer bereit im oberen Stockwerk brannte, drang die Menat in die unteren Räume ein, um das bedrohte Getreide für sich an heben. Viehlich wurde der Speicher zusammen und daraus eine Anzahl Personen. Die Zahl der Verletzten wird mit 15 bis 20, nach einer anderen Angabe mit 30 angegeben.

# Aus Stadt und Land.

## Zu den letzten Vorgängen in Mannheim

Die „Karlsruher Ztg.“ unter dem Gezirgen halbamtlich: Die Minister Dr. Haas und Hüder, sowie der erste Vizepräsident der Nationalversammlung, Abg. Remmele, waren gestern in Mannheim. Sie haben dort mit den leitenden Persönlichkeiten in eingehender Aussprache die Verhältnisse, wie sie durch die Vorgänge der letzten Tage entstanden sind, besprochen und auch die durch Krawalle verursachten Zerstörungen besichtigt. In der Stadt Mannheim herrscht jetzt wieder vollständige Ruhe. Die Regierung wird aber noch heute die Maßnahmen beraten, die notwendig sind, um derart verwerfliche Taten, wie sie sich in Mannheim ereignet haben und die sich leicht wiederholen könnten, energisch zu unterdrücken.

Die Erneuerung bzw. Ergänzung der Plakate, durch welche am Sonntagabend die Verhängung des Belagerungsstandes über Mannheim bekanntgegeben wurde, hat zu unrichtigen Auffassungen Veranlassung gegeben. Es sei deshalb festgestellt, daß der Belagerungsstand wohl verhängt und bis heute aufrechterhalten, aber bisher nicht in Vollzug gesetzt wurde. Daraus erklärt es sich, daß die Beschränkungen, die der Belagerungsstand im Gefolge hat, nicht in Kraft getreten sind, daß z. B. die Feuerabendstunden wie früher um 10 Uhr ab, daß die Bewegungsfreiheit der Bürger nicht beeinträchtigt ist usw. Es hängt lediglich vom Verhalten der Elemente, denen wir den Belagerungsstand zu verdanken haben, ab, ob er in den nächsten Tagen in Vollzug gesetzt oder aufgehoben wird.

Der Führer der Volkswehr, Herr Schül, ersucht uns um Aufnahme folgender Erwiderung:

Zur die in Ihrem Blatte gebrachte Erklärung der Beamten des Land- und Amtsgerichts sowie der Staatsanwaltschaft erwidern wir, daß die in dem französischen Moment im Schloß noch vorhandene Bereitschaft durch die Sicherung der einzelnen beherrschten Gebäulichkeiten innerhalb des Stadtbereichs auf 7 Mann zusammenschmolzen war; diese 7 Mann wurden auch bei dem Angriff auf das Land- und Amtsgericht reiflos zur Verfügung gestellt. Daß diese 7 Mann trotz aller Energie nicht in der Lage waren, die auf tausende zählende Mann, welche außerdem zum Teil bewaffnet war, zurückzuhalten, braucht hier wohl weiter nicht erörtert zu werden. R. G.-Mannschaften waren überhaupt nicht mehr vorhanden.

## Sitzung des neuen Volksgausausschusses.

Nach der durch die Unruhen bedingten mehrwöchigen Unterbrechung hielt gestern der inzwischen neu gebildete Volksgausausschuß seine erste Sitzung ab. Zunächst geschah die bisherige Vorsitzende Dorner des bei den letzten Unruhen getöteten Herrn Jakob Müller. Es sei nun unabwendbare Pflicht, den gewissenlosen Verbrechern die Waffen aus der Hand zu nehmen und sie selbst unbeschädigt zu machen. Auch die an der Demonstration beteiligten Personen seien von Schuld nicht freizusprechen, da sie nicht die nötigen Maßnahmen getroffen hätten, um derartige Schandtaten zu verhindern. Konkreten der alten Partei sei während der traurigen Vorkommnisse kein Schutz gefallen. Er forderte die Anwesenden auf, sich zum Scheiden des Beides und des ehrenden Gedenkens von den Sigen zu erheben. Nachdem dies geschehen, erklärte Seizinger, daß er eine gewisse Rücksicht eingelebe. Er selbst mache sich den persönlichen Vorwurf, sich nicht energisch genug um die Leitung der Demonstration bemüht zu haben. Wenn sich die U. S. P. an der Trauerfeier nicht beteiligt habe, so sei das nicht aus mangelndem Mitgefühl geschehen. Man habe sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, gleichsam als Heuchler dazustehen und habe auf keinen Fall Erregung in die Trauerfeier mitbringen wollen. Die einzige Gewähr, daß derartige Vorkommnisse in Zukunft nicht mehr geschehen könnten, sei die Einigung der Arbeiterschaft, die zugleich seinem schärfsten Wunsch entspreche.

Hierauf befahte sich der Volksgausausschuß mit den zu treffenden Maßnahmen, um die öffentliche Ruhe und Sicherheit wieder herzustellen. Es wurde einstimmig beschlossen, daß die Polizei nach dem Gutachten der Polizeileitung in Verbindung mit der Vertrauenskommission bewaffnet und nach Möglichkeit verstärkt werden soll. Es soll ferner dafür Sorge getragen werden, daß die zu Unrecht ausgegebenen Waffen schleunigst wieder abgegeben werden. Zu diesem Zweck erläßt der Volksgausausschuß die Aufforderung, sämtliche Feuerwaffen bis zum Freitag, den 28. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr, beim Leiter der Volkswehr im Schloß abzugeben. Wer nach diesem Termin noch im Besitze von Waffen verbleibt, setzt sich der strengsten Bestrafung aus. Waffen darf in Zukunft nur der tragen, der einen vom Volksgausausschuß ausgebenen, mit dessen Stempel versehenen und mit dem Namen Seizinger und Seizinger unterzeichneten Passchein besitzt. Auch auf den Verkauf von Militärwaffen wird hohe Strafe gesetzt. Die Bewaffnung Mannheims wird gebeten, im Interesse der öffentlichen Ordnung das Vorgehen des Volksgausausschusses ihrerseits mit allen Mitteln zu unterstützen, insbesondere, wenn sie von vorhandenen Waffen Kenntnis erhält, den Leiter der Volkswehr davon zu benachrichtigen. Um die Einigung der Waffen zu regeln und zu überwachen wird eine Kommission, bestehend aus den Mitgliedern Degert, Fehrer, H. Kraft und Schül, eingesetzt.

## Wache Liebe.

Ich weiß es wohl, daß nimmermehr  
Von dir zu mir ein Grüßen geht;  
Ich weiß, daß deiner Schritte Spur  
Im fernem Lande sturmoerweht.

Und lausche doch dem Stundenschlag  
Der langen Nächte... „ruft zu mich...“  
Und frag den Wind: „Ist's seine Hand,  
Die leise über's Haar mir strich?“

Und lered im Morgengraun empor:  
„Die Post ist wohl die Post schon da?“  
Und gehe trauernd durch den Tag,  
Der nichts von deiner Liebe sah.

Ich weiß, daß lang das Wort verstant,  
Das trauf, wunderliche Wort  
Daß nie dein Schritt die Heimat grüßt —  
Und muß doch lauschen immerfort.

Marie Bauer.

## Theater, Kunst und Wissenschaft.

**Männlicher Aufführung.**  
Die „Männlicher Kammerspiele“ führten an einem glänzend gelungenen Theaterabend die fünfaktige Komödie „Andropoli“ des Nicolo Machiavelli, den man als den Verfasser der berühmten politischen Systeme besser kennt denn als Lustspielautor, in der Urfassung auf. Sie folgten der von Paul Henle inszenierten (bei Eugen Diederichs, Jena in dem Buche der „Drei besten Lustspiele der Renaissance“) Fassung. Dieses vielverspönte Werk ist eines der lebenswichtigsten, amüsantesten Schmuckstücke der Weltliteratur. Ueber der sicheren Art der Renaissancecharakterisierung, die sich über die einseitig: Fräuleinwahl der Renaissancezeit weit erhebt und jeder Figur ihr menschliches Recht auf Licht und Schatten gibt, versteht man die Unbeholfenheiten der Komik, die den Zuschauer durch einen Prolog belehren läßt und Exposition der Vorabel sich einer unmerklich entwickelten Komik bedient. Die Handlung, die zu heftig ist, wird niemals unmerklich. Medizinische Unappetitlichkeiten werden lateinisch geäußert und auf wissenschaftliche Sachlichkeit festgelegt. Das Groteske im letzten Akt ist in seiner kindlichen, sondern nach einer grotesken, männlichen Richtung orientiert.  
Dabei ist Verheit durch Amus gemildert. Schiefeckigkeit wird menschlich begrifflich, und die Eitelkeit und Dummheit muß alle Köpfe der Unterhaltung tragen. Doktor Nicola, der trotz seiner Be-

Die Mitglieder des Volksgausausschusses, gleichgültig welcher Partei sie angehören, sind sich einig in der Beurteilung der vorgekommenen Taten und werden das Ihrige tun, um für deren Sühne zu sorgen. Insbesondere sollen auch die Mörder der Reichswehr gezeugt werden. Es wurde ferner beschlossen, daß alle vom Volksgausausschuß ausgestellten Vollmachten, Anweisungen, Bekanntmachungen, Lohnlisten usw. zur Gültigkeit mindestens zwei Unterschriften von Volksgausausschußmitgliedern zu tragen haben. Von den Unterzeichneten muß mindestens je ein Mitglied der U. S. P. und U. S. V. sein. Die in Frage kommenden Namen werden an anderer Stelle veröffentlicht. Schließlich beschloß der Volksgausausschuß einstimmig für die Witwe des getöteten Herrn Jakob Müller aus den Mitteln des Beschlagnahmefonds eine Spende von 2000 Mark zu bewilligen.

## Die alte Kommission der Auszuweissenden

In E. S. 16 teilt uns mit: Durch den Belagerungsstand ist es der Kommission nicht möglich, das Resultat der Verhandlungen in Weimar persönlich bekanntzugeben. Infolgedessen folgt nachfolgender Bericht: Reichsminister Erzberger gab der Kommission schriftlich eine Mitteilung an das Bezirksamt Mannheim, daß die Auszuweissengelegenheit der Uebergriff eines französischen Generals sei. Er legte bei Marschall Hoch Protest ein und verlangte die sofortige Zurückziehung dieser Wohnnahme. Das Resultat der Verhandlungen steht noch aus. Die Delegierten erlangten ferner, daß das badische Ministerium in Karlsruhe laut nachstehendem Telegramm zur Zahlung der in der Resolution geforderten Beträge für die Auszuweissenden von Seiten des Ministers Dietrich und Finanzministers Schiffer angewiesen wurde:

Inneres Ministerium Karlsruhe.

Reichshochamt schlägt vor, Baden soll zunächst ausgeweiserte Militärpersonen vorüberweise unterstellen, vorbehaltlich endgültiger Auseinandersetzung mit dem Reich wegen Kosten.  
gez. Dietrich, gez. Schiffer.

Verhandlungen in dieser Angelegenheit sind mit Herrn Geh. Rat Schneider, Badisches Ministerium, angeknüpft. J.

\* Genannt wurde Infanteriearzt Dr. Eduard Hummel an der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen zum Bezirksarzt in Reustadt.  
\* In den Ruhestand versetzt wurde Veterinärinspektor Emil Geiger in Konstanz auf Ansuchen.

\* Der Vollzug des Kapitalabfindungsgesetzes. Die Ausführungsbestimmungen der badischen Regierung zum Kapitalabfindungsgesetz sind durch eine neue Verordnung in verschiednen Punkten abgeändert worden. So wurde folgende neue Bestimmung getroffen: Die Anträge der Rentempfänger, soweit sie nicht beim Bezirksheimatamt gestellt werden, und diejenigen der Witwen sind bei dem örtlichen Fürsorgestellen des Bezirks badischer Heimatamt zur Beratung der Kriegsoberbehörden und Kriegshinterbliebenen sowie zur Ermittlung ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse anzubringen. Solange in einer Gemeinde eine örtliche Fürsorgestelle nicht besteht, ist der Antrag bei der Ortspolizeibehörde zu stellen.

\* Das badische Heimatweh. Zu den badischen Freiwilligenbataillonen in Bruchsal und Heidelberg, dem Grundstocke des badischen Volkstheaters, sollen weitere Infanterieformationen in Durlach und Bruchsal, Artillerieformationen in Söllingen (Kant Durlach) und Freiburg, Kavallerie in Espingen aufgestellt werden. Reibung von noch im Dienst befindlichen selbständigen Unteroffizieren und Mannschaften mit wenigstens einjähriger Kriegsvorkriegserfahrung und einwandfreier Dienstzeit können erfolgen bei allen Truppenteilen an die Disposition, die sie den Reuauauffstellungen zu stellen. Bereits aus dem Heeresdienst Entlassene haben sich beim nächstliegenden Bezirkskommando zu melden, das die Liste in Marsch setzt. Offiziere, Hauptleute und Leutnants, aktiv und des Reuauauffstellungen melden sich unmittelbar oder auf dem Dienstwege an das Generalkommando Abteilung IIa.

\* Die Zurückziehung der französischen Besatzungstruppen ist gestern nicht nur hier, sondern auch in Karlsruhe erfolgt. Der dortige Hofen war bisher von einer französischen Kontrollkommission besetzt. Die Mannheimer und Rheinruher Hofenanlagen wurden gestern gleichzeitig mit dem Abzug der Besatzung des Sammelplatzes geräumt. Die Sperre der Rheinbrücke, die mit der Zurückziehung der feindlichen Truppen zusammenhängt, ist gestern durch Anschlag in Rudolfsheim mit den Mannheimer Ereignissen begründet worden.

\* Anweisung des gewerblichen Bekannmachungs der Ortshofenstelle haben die gewerblichen Verbraucher von monatlich 10 Löhnen und darüber in der Zeit vom 1. bis 3. März erneut Werbung zu erstatten. Ähnliches Einhalten des Termins ist geboten.

\* Was dem Arbeiter. Den getroffenen Abmachungen entsprechend, hat sich der Volksgausausschuß des Arbeiterausschußes gebildet, und zwar legt er sich nunmehr zusammen aus 11 Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei, drei Mitgliedern der U. S. P. und einem Mitglied der Kommunistischen Partei. Die Namen der Mitglieder sind: Hildolf, Dreißig, Hüb, Strobel, Dehner (Joh.), Rübner, Hermann, Remmele, Seizinger (U. S. P.) und Ludwig (U. S. P.). Ferner gehören dem Vorstand als Ersatzleute an Dr. Dirckler (U. S. P.) und Gork (U. S. P.). Den Vorsitzenden versehen Oerborn und Petersen.

pp. Bekaffung. Bestern mittag 1 Uhr fand die Trauerfeier für den bei den Vorgängen am Sonntag von ruckloser Hand niedergeschlagenen Konsumvereins-Angestellten Jakob Müller statt. Die Beteiligung war derart groß, daß die Halle des Krematoriums die Leidtragenden nicht zu fassen vermochte und die Feier vor dem Gebäude stattfinden mußte. Nach einleitendem Harmoniumspiel und dem Chor des Männergesangsvereins „Heber allen Nipfeln“ sprach Prediger Dr. Weiß. Mit Gemalt ist das Gedächtnis zu helen. führt der Prediger aus, sondern nur in Ruhe und Ordnung, durch eigenes inneres Schaffen, durch aufbauende Arbeit im Felde des Friedens. Der Gesang „Ein Sohn des Volkes will ich sein“ leitete über zu den Kranzniederlegungen. Unter Ansprachen widmeten einen letzten Scheidegruß: der Sozialdemokratische Verein Mannheim, die sozialdemokratischen Mitglieder des Arbeiterrats, der Konsumverein, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des in der Blüte seiner Mannesjahre Dahingegangenen, der Männergesangsverein, der Touristenverein „Naturfreunde“, der Verlag der „Volkstimme“, die Arbeiterschaft der Firma Benz und der Zentralverband der Handlungsgesellschaften. Unter Orgelmusik wurde der Sarg dann den Flammern übergeben.

\* Die wiedererstellten Kriegsfeldschmer, denen bereits wieder gekündigt oder denen voraussichtlich gekündigt werden soll, seien auf die Anzeige des R. D. H. Geschäftsstelle M 6, 13, aufmerksam gemacht.

\* Wilde Gerüchte, die mit der Ermordung des Herrn Reuther in Zusammenhang gebracht wurden, durchliefen gestern die Stadt. So wurde u. a. erzählt, ein hiesiger Mehrheitssozialist, der als Gewerkschaftssekretär eine führende Rolle spielt, sei ermordet worden. Nachfragen ergaben, daß der Vater des Betroffenen gestorben war. Die Herovität des Publikums ist begreiflich. Über man sollte sich doch hüten, derartige Gerüchte weiter zu verbreiten, die die Aufregung nur noch vermehren. Wir haben doch wirklich an dem in den letzten Tagen Erlebten genug.

## Polizeibericht vom 27. Februar 1919.

\* Falscher Tod. Im Billardsaal eines hiesigen Gesellschaftslokals in C 1 erlitt gestern nachmittags ein 72 Jahre alter Kaufmann von hier eine Herzschwäche, an deren Folgen er bald darauf starb. Die Leiche wurde nach dem Friedhof verbracht.

\* Gefährdung eines Eisenbahntransports und Körperverletzung. Von noch unbekannten Tätern wurde am 26. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr 20 Min., in der Nähe der Jungbuchsbrücke mit Steinen auf den von Woblfach kommenden Zug gemorfen, wodurch der 28 Jahre alte, verheiratete Heizer Otto Hierholzer, wohnhaft in Sandhofen, auf der Lokomotive stehend, an der rechten Schläfe getroffen und verletzt wurde. In bewußtlosem Zustande wurde der Verletzte nach Sandhofen überführt. Um sachdienliche Mitteilung zur Feststellung des Täters ersucht die Schutzmannschaft.

## Vereinsnachrichten.

\* Grund- und Hausbesitzer-Verein. Auf die heute abend im „Rodenheimer“, Q 2, 16, stattfindende Mitgliederversammlung in u. a. wird auch an dieser Stelle aufmerksam gemacht. Auch Nichtmitglieder aus Gausbezirken sind freundlich eingeladen. (Wiese Anzeiger.)

## Vergnügungen.

\* Im Kaffee Friedelichs (Breitelstraße, J N) veranstaltet das hiesige täglich konzertierende Künstlerinnen-Orchester Bohrtab heute Donnerstag wieder einen Opern-Abend, dessen vorzüglich gemähltes Programm aus den „Anselmi“ zu bestehen ist. Der Spielplan enthält wieder eine Reihe unserer besten Musikstücke. Der Besuch dieses genährlichen Abends ist daher jedem Musikfreunde zu empfehlen. Nächsten Dienstag soll ein Richard Wagner-Abend stattfinden.

Spielplan des National-Theaters				Neues Theater			
Datum	Uhr	Akt	Vorstellung	Datum	Uhr	Akt	Vorstellung
27. D.	31	D	Leonce und Lena	7			
28. F.	32	B	Der Freischütz	6			
1. S.	32	D	Zum ersten Male: Der Herr v. Pourceaugnac Das Wundertheater	7			
2. S.	33	C	Mignon	6			Sprachschulbuch 7

## Bürgerausschußsitzung in Heidelberg.

N. Heidelberg, 26. Febr.  
Zu Beginn der heutigen Sitzung gelangten 3 Vorlagen debattierbar zu einstimmiger Annahme. Es wurde beschlossen, daß die aus den Jahren 1916 und 1917 vorhandenen Ueberstände von 1.274.660 Mk. in der Weise verwandt werden, daß 185.000 Mk. an die Gaswerkstätte abgesetzt werden sollen, daß 615.000 Mk. für die Feuerungsanlagen an die Arbeiter, Beamten und Bediensteten gebraucht werden, 300.000 Mk. in den Veranschlagt des laufenden Jahres übernommen werden und 224.660 Mk. als Rücklage behuhalten. — Die Einkommensteuerverträge werden erhöht; die jeden Pfennig der auszufällenden Umlage werden 2 Hundertteile der staatlichen Einkommenssteuererhöhen. — Die Gebühren für die Benutzung des städtischen Schlachthofes und Metzgerhofes werden erhöht, ebenso die Gebühren für die Entleerung der Klo-

für das Stadttheater vorgelegt, der in Einnahme und Ausgabe mit 123.000 Mark balanziert. Der städtische Zuschuß ist mit 130.000 Mark angenommen.

**Erst Ratmann.**  
Der vor einigen Jahren am Mannheimer Hof- und Nationaltheater engagiert war, hat gemeinsam mit dem Dramaturgen Gerhard Hausmann ab Januar 1919 die Direktion des Deutschen Theaters in Hannover übernommen.

**Coals Tuillion.**  
Der bekannte Bildhauer, ist in Berlin im Alter von 57 Jahren gestorben. Von seinen Werken haben besonders die „Amazonen“, der „Sieger“ und die „Helterdenkmäler der Kaiser Friedrich und Wilhelm der Zweite auf der neuen Kölner Rheinbrücke lebhaft Anerkennung gefunden.

**Die Universität Ströburg nach Frankfurt oder Hamburg?**  
Während Frankfurt a. M. starke Bemühungen macht, den aus Ströburg vertriebenen Universitätskörper an sich zu fassen, hat der Leipziger Dozent Gerhard Mittel in der „Täglichen Rundschau“ angeregt, die Ströburger Universität nach Hamburg zu übertragen, in Erinnerung an die Aufnahme, die 1409 die Prager Studenten und Professoren in Leipzig fanden. In der „Neuen Hamburger Zeitung“ wird dieser Vorschlag von Dr. Peterfen lebhaft bekämpft und zwar hauptsächlich darum, weil in Hamburg ein vollständig neuer, ein sozialistischer Typ einer Hochschule entstehen sollte, der nicht durch Uebernahme alter Organisationsstelle um seine Reinheit gebracht werden dürfte. „Die neue Kulturrepöde“ — so schließt Dr. Peterfen seine Abweisung, die unter dem Zeichen des Sozialismus steht, wird in Hamburg eine Hochschule erleben lassen, die ein Vorbild aller nach ihr darstellten wird. Und weil Hamburg dieser höheren Aufgabe nicht mitreue werden kann und darf, auch darum ist Hamburg zu einem Hilfswort an Ströburg, dessen Schicksal es mit tiefem Weh und wärmster Teilnahme verfolgt, nicht berufen. Der Zukunft des gesamten deutschen Geisteslebens wahrhaft zu dienen, muß Hamburgs Streben und Sinnen auf ein höheres Ziel gerichtet sein.

## Aus dem Mannheimer Kunstleben.

**Der Philharmonische Verein**  
bittet die Besucher des heute abend um 7 Uhr beginnenden Konzertes ihre Plätze pünktlich einzunehmen. Zutrittskommission kann der Eintritt erst nach Schluß des ersten Liedes gestattet werden.

**Niederabend Margarete Strunk.**  
Von Paul Schmitz am Flügel begleitet, singt Margarete Strunk in ihrem am Dienstag, den 11. März im Rasthaus stattfindenden Niederabend Schuber, Wolf und Mahler.

graben und Tomatenkultur. Auch die Friedhofgebühren erfahren eine erhebliche Steigerung. — Eine längere, lebhaft ausgeführte Sitzung über die Vorlage betr. Veränderung der Luftfahrzeugsteuer. Die Vorlage wurde mit offen gegen die Stimmen der Sozialdemokratie angenommen. Die mehrere Anträge zur Vorlage wurden abgelehnt. Die Abänderung wurde beantragt mit der Erklärung, daß die minderbemittelten Kreise der Bevölkerung mehr als die übrigen auf außerordentliche Vermögensgegenstände angesetzt sind und daher von einer Erhöhung der Luftfahrzeugsteuer am stärksten getroffen werden. — Sehr lebhaft wurde die Vorlage betreffs Steigerung der Gas- und Strompreise erörtert. Infolge des Anstiegs der Kohlenpreise muß der Preis für 1 Kubikmeter Gas um 10 Pfg. auf 30 Pfg., der Preis für 1 Kilowattstunde um 11 Pfg. erhöht werden. Die Miete für die Gasautomaten sollen ab 1. März 1919 monatlich erhoben werden. Die sozialdemokratische Fraktion stellte hierzu den Antrag, daß bei Einkommen unter 3000 M. die Erhöhung der Gasrate nur 5 Pfg. die Miete für Gasautomaten 250 M. betragen soll. Der Antrag wurde abgelehnt, es wurde aber eine abermalige Prüfung der Frage angesetzt. — Eine 10prozentige Erhöhung des Wasserpreises wurde ebenfalls abgelehnt. — Die Tilgungsdauer für die städtische Zehnmilliönenanleihe wird nach einstimmigem Beschluß von 37 auf 45 Jahre erhöht.

Nach Erledigung dieser Vorlagen begann die Spezialdebatte über den Voranschlag. Aus den mehrstündigen Verhandlungen seien nur einige Hauptpunkte hervorgehoben: Ein Antrag Reiser (D. D. P.) und Kirchgässner (Centr.) fordert Streichung eines Postens von 20 000 M., der laut Voranschlag an Beamte verteilt werden soll, welche sich während der Kriegszeit besonders verdient gemacht haben. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 43 gegen 40 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag Doen, Behringer, Schenkel auf Streichung von 18 000 M. als Aufwandsentschädigung für den Stadtrat wird mit großer Mehrheit abgelehnt. — Zum Abschnitt „Schule“ bringt Sta. Hofmann (Soz.) eine große Reihe von Forderungen vor, a. a. Abschaffung der Vorbereitungsklassen in den Volksschulen, Aufhebung der Privatschulen und des Privatunterrichts, Einführung der Einheitschule. Sta. Gödel (D. D. P.) hob hervor, daß in Heidelberg mehr als in einer anderen Stadt die Volksschulen unter dem Kriegesgelingen haben: von 6 Volksschulen sind 3 als Bogartete normalisiert worden seit Kriegesbeginn bis heute; jetzt muß dringend gefordert werden, daß die Schuldächer ihrer Bestimmung zurückgegeben werden. Stadtschulrat Rohrbach richtet an den Stadtrat die Bitte, die demnächst zu räumenden Schuldächer baldmöglichst herzurichten, damit der regelmäßige Schulunterricht im neuen Schuljahr wieder beginnen kann. Redner bezeichnet die Schädigung der Schuljugend durch den Krieg als die schwerste Schädigung, die überhaupt das deutsche Volk durch den Krieg erlitten hat — denn sie ist nicht wieder gutzumachen. Er rent die Gründung eines Kinderheims auf den Heilberger Bergen an als Sittungsmittel für die Kinder der Stadt Worms in Darmstadt untergebracht. Herliche Dankesworte richtet der Redner an den Stadtrat für Anstellung der sehr sehr bewährten Schulinspektoren; für sehr wünschenswert sei auch die Anstellung eines Schularztes im Hauptamt. Der Redner führt aus, daß die Erziehung der Schuljugend in viel höherem Maße als bisher Aufgabe der Volksschule sein muß; denn die Charakterbildung ist notwendiger als das Unterrichten von Wissen; besonders muß auch Staatsbürgerliche Erziehung — unter Ausschaltung jeder Parteipolitik — in der Schule erfüllt werden. — Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Dr. Bopp, dankt den verschiedenen Anträgen einsehend Prüfung zu; für ein Kinderheim komme vielleicht das städtische Gut Reidelbach

in Betracht. Ein. Prof. Rösch tritt ein für die Gründung eines „Erziehungsrates“, dem es obliegen soll, neue Richtlinien für die Jugendberichterstattung zu geben. Beim Abschnitt „Soziale Fürsorge“ regt Ein. Burtmann den Ausbau des Arbeitsamtes und Errichtung von Kurien für Erwerbslose an. Ueber das Bauwesen der Stadt spricht Bürgermeister Dr. Drach, der zum erstenmal seit 1914 wieder an der Sitzung teilnimmt. Er führt aus, daß zwei größere Bauprojekte von der Stadt aufgestellt worden sind: Der Bau einer Häusergruppe in der Grahmstraße und der Villenkolonie Söllerbach. Besteres Projekt ist einsehend zurückgestellt. Ueber die Mittel zur Hebung der Wohnungsnot gibt Redner folgende Auskunft: 1500 Häuser wurden bis jetzt von der Wohnungskommission beschlagnahmt; 81 Wohnungen und 400 möblierte Zimmer wurden für Wohnungslose ermittelt. Ein Zwang zur Vergabe von Wohnungen und Zimmern brauchte nicht ausgeübt werden. Der gesellschaftlichen Baugesellschaft für Arbeiterheimstätten ist die Stadt beigetreten und wird 100 Kleinwohnungen in der Nähe des Gaswerks errichten. — Von verschiedenen Rednern wird die Einführung des „veredelten Submissionswesens“ seitens der Stadt warm begrüßt. Der Voranschlag wird einstimmig genehmigt. Der Antrag auf die Vermögenssteuererhöhung und die Steuerwerte des Betriebsertrags wird auf 40 Pfg. festgesetzt.

**Aus Ludwigshafen.**

Der Verband pfälzischer Industrieller hielt dieser Tage zu Neustadt a. S. seine Jahresversammlung ab, an der über 200 Personen teilnahmen. Der 1. Vorsitzende, Kommerzienrat Uggab gab einen Rückblick über den Zusammenbruch der Industrie in der Pfalz. Er besprach einsehend die durch den Zusammenbruch hervorgerufene bedauerliche Wirtschaftslage und brachte in großen Zügen die Wünsche der Industriellen zum Ausdruck. Den Tätigkeitsberichts erstattete der Geschäftsführer Frick. Er entwickelte insbesondere auch die Vorschläge für die leitendste und fünfjährige Tätigkeit des Verbandes und gab unter lebhaftem Beifall bekannt, daß der Verband mit 340 Mitgliedsfirmen heute wohl die bedeutendste wirtschaftliche Körperschaft der Pfalz sei. Sodann wurde nach eingehender Aussprache der Jahresberichts angenommen. Bezüglich des Beschlusses zum pfälzischen Industriellen-Verband wurde beschlossen, den Pfalz-Verband zu einem selbstständigen Wirtschaftsverband auszubauen, aber als körperschaftliches Mitglied beim Bayerischen Industriellen-Verband zu verbleiben. Die Wahl des Ausschusses wurde bis zur nächsten Mitgliedserversammlung zurückgestellt, um den einzelnen Industriellen Gelegenheit zu geben, Vertreter für den Ausschluß zu benennen. Die in der Versammlung zur Wahl vorgeschlagenen 15 Herren, sollen einen vorläufigen Ausschluß bilden. Nach Beschlussefassung über die Verbandsonnebenarbeiten hielt Handelskammerdirektor Weesmann-Mainz einen erschöpfenden Vortrag über das Thema: „Zeitgemäße Industriefragen“. Die Stimmung der Versammlung fand in folgender Entschliessung ihren besten Ausdruck: „Der Verband pfälzischer Industrieller bekennt sich zur unverrückbaren Zugehörigkeit der Pfalz zum Deutschen Reich und als solches zu des Deutschen Reiches Einheit und Freiheit. Die höchste Forderung, die sich aus der heutigen inneren Lage ergibt, ist die Wiederherstellung staatlicher Autorität und Ordnung und der persönlichen Sicherheit. Um sie zu erfüllen, muß die Räteversammlung möglichst bald eine Verfassung schaffen und eine starke Zentralgewalt einsehen. Da wirtschaftlicher Hinsicht ist zu fordern, daß die Privatwirtschaft als Grundlage unserer Wirtschaft erhalten wird und alle Experimente zur Sozialisierung unterlassen werden. Das Verhältnisverhältnis ist auf freie Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, bezw. deren Organisationen zu gründen, unter Abrechnung aller Zwangsmaßnahmen. Nur auf diesem Wege und bei einer Befreiung des Volkes in jeder Hinsicht nicht läßt, sondern hat, kann eine Befreiung der heutigen schwierigen, doch bedauerlichen Lage herbeigeführt werden.“

Das Verhältnisverhältnis ist auf freie Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, bezw. deren Organisationen zu gründen, unter Abrechnung aller Zwangsmaßnahmen. Nur auf diesem Wege und bei einer Befreiung des Volkes in jeder Hinsicht nicht läßt, sondern hat, kann eine Befreiung der heutigen schwierigen, doch bedauerlichen Lage herbeigeführt werden.

**Aus dem Lande.**

\* Ebingen, 26. Febr. Der langjährige Direktor der hiesigen Aktienbrauerei, Dr. Friedrich Beinhart, ist im Alter von 81 Jahren gestorben.  
\* Friedrichsfeld, 26. Febr. Herr Gemeindevater und Bürgermeistersvertreter Jakob Müller ist einstimmig zum Bürgermeister gewählt worden.  
\* Korbach, 27. Febr. (Priv.-Tel.) Die schwarzen Bienen greifen in verschiedenen Teilen des Landes weiter um sich. Sie sind namentlich auch an der Bergstraße verbreitet, wo man an zwei Orten etwa acht Bienenstöcke festgestellt hat. Auch aus dem Tauberggrund werden neue Bienenstöcke gemeldet, jedoch die Gesamtzahl der bisher festgestellten Fälle von echten Bienen übersteigt dürfte. In verschiedenen Städten wird die Bevölkerung zur Schutzimpfung aufgefordert.  
\* Gießen, 26. Februar. Ueber die hiesigen Unruhen wird nach folgenden bekannt: Drei Beamte des Landesratsamts Karlsruhe hatten vorige Woche eine Unruhenkontrolle beim Müller Stupp vorgenommen, diese aber wegen Abwesenheit des Weibers nicht beendet. Am anderen Vormittag gingen sie abermals zur Mühle, um die Kontrolle fortzusetzen. Dort hatten sich eine Anzahl Bürger des Orts angesammelt, die eine drohende Haltung gegenüber den Beamten einnahmen. Ein Gießener, namens Paulus, war besonders erregt und drang mit einem Prügel auf einen der Beamten ein. Der Beamte wurde am Boden geworfen; am Boden liegend, machte er zum seiner Schutzwaffe Gebrauch und vertrieb die Angreifer in die Höhe, doch dieser seinen Verletzungen erliegen. Ein weiterer Gießener wurde am Hals verwundet. Die drei Beamten begaben sich dann gegen den Mord, wurden aber am Ortshaus von der durch die Schreckenshaftigkeit aufkommenden Volksmenge umgarnt und mißhandelt. Einem der Beamten gelang es, nachdem er vorher in den Dorfbach geworfen worden war, den Mord zu erreichen und wegzukommen. Die beiden anderen Beamten, welche auf dem Rathaus verbleiben wurden, mußten mit dem Auto abgeholt werden, das am Abend von Karlsruhe ankam. Eine eingehende Untersuchung ist eingeleitet.

**Wasserstandsbeobachtungen im Monat Februar**

Pegelstation vom Rhein	Datum						Bemerkungen
	22.	23.	24.	25.	26.	27.	
Schutterinsel	1.26	1.22	1.25	2.03	2.18	1.26	lands 4 Uhr
Kell	1.78	2.79	2.80	3.28	3.18	2.57	Wassm. 2 Uhr
Passau	4.53	4.45	4.51	4.75	5.11	5.14	Wassm. 2 Uhr
Neustadt	3.83	3.76	3.84	4.07	4.21	4.40	F. 2 12 Uhr
Kell							Vorm. 2 Uhr
Kell							Wassm. 2 Uhr
von Neekar:							
Karlsruhe	4.04	3.76	4.07	4.13	4.37	4.70	Vorm. 7 Uhr
Heilbronn		1.43	1.33	1.30	1.40		Vorm. 7 Uhr

Wetteraussichten für mehrere Tage im voraus.  
Überlegter Ausbruch wird gerichtlich verurteilt  
28. Februar: Wolkig, teils Niederschlag, Milde.  
1. März: Veränderlich, windig, Naßkalt.

Am 25. ds. Mts. wurde unser allverehrter Chef  
Herr Kommerzienrat Dr. h. c.  
**Carl Reuther**  
das Opfer eines verabscheuungswürdigen Anschlages.  
Der seltenen Geistesgröße und unermühten Tatkraft des Verstorbenen verdankt das Werk sein Aufblühen, sein Ansehen und seine Größe, grosse wirtschaftliche Verbände ihre weitumfassende vorbildliche Organisation.  
Uns Beamten war er ein vorzüglicher Berater, ein hochgeschätzter, wohlwollender Vorgesetzter, ein Freund sozialer Fürsorge.  
Ein dauerndes, ehrendes Andenken werden wir ihm und seinem Lebenswerk bewahren.  
MANNHEIM-WALDHOF, den 25. Februar 1919.  
Die Beamenschaft und Meister der Firma Bopp & Reuther.

**Reparaturen**  
**Neuwicklungen**  
**Umwicklungen**  
von Elektromotoren und Apparaten, Drehstrom-Motoren sofort oder kurzfristig lieferbar, zu günstigen Preisen.  
**Ankauf defekter Motoren.**  
**Elektromotoren-Werke Mannheim**  
Falsch Traittourstraße 43.  
**Frauenleiden** aller Art  
Behandlung nach Thure-Brandt.  
**Frau Rosa Schäfer**  
Mannheim, N. 3, 3/L. Teleph. 4220.  
Nähe Hauptpost. — Sprechstunden: 2<sup>1/2</sup>—5 Uhr am Wochentags.  
Schwere und leichte  
**Arbeits-Geschirre**  
sofort lieferbar.  
Tel. 213 **Jacob Schweitzer** Tel. 213  
Sattlerei R 4, 9.  
**Achtung! Starke Kinderschuh**  
werden nach Maß zu jeder Größe auf kürzestem Wege ohne Zugabe angefertigt.  
Nach empfehle ich mich für Fußleiden.  
**Joh. Ostertag, Schuhmachermeister,**  
Bellenstrasse 35.

Tieferschüttelt bringen wir zur Kenntnis, daß unser erster Vorsitzender, Herr  
Kommerzienrat Dr. h. c.  
**Carl Reuther**  
einer feigen Mordtat zum Opfer gefallen ist.  
Wenn es unserem Arbeitsnachweis gelungen ist, seiner Aufgabe in weitgehendstem Maße gerecht zu werden, so ist dies in erster Linie ein Verdienst des uns so jäh entrissenen Vorsitzenden, der es stets verstanden hat, unter Wahrung aller berechtigten Interessen versöhnend und ausgleichend zu wirken.  
Das Andenken des vortrefflichen Mannes wird unter uns fortleben.  
Der Vorstand des  
Arbeitsnachweises der Industrie  
Mannheim-Ludwigshafen.  
MANNHEIM, den 25. Februar 1919.

**Sophie Schwarz**  
Damenschneiderin  
**H 4, 16/18**  
empfiehlt sich den geachteten Damen im Anfertigen seiner Kostüme und Kleider unter Garantie für tadellosen Sitz. Die Berechnung ist billig, sodass sie nicht höher stehen als bei Anfertigung im Hause. Auch werden Änderungen angenommen. T15a  
**Ein schönes Gesicht**  
erhält man beim Gebrauch meiner **Rosenmilch**. Macht die Haut rein und zart in jugendlicher Frische; beseitigt Leberflecken, Gesichtsflecken, Mitosen p. Fl. Mk. 2.50. P12a  
**Kurfarsten-Dragerie**  
Th. von Eichstedt, N 4, 13 14.  
**Näharbeiten.**  
Zum Wäscheausbessern und Wäscheputzen nimmt nach St. Pauli, St. Margaretenstraße 64. Postkarte genügt.

**Evaporator-**  
Liederstrasse 14 Tagel.  
**Olfeuerung**  
E15a  
ermöglicht in ihrer Kombination je nach Marktlage teils oder flüssige Brennstoffe zusammen oder einzeln zu verfeuern.  
**Deutsche Evaporator-A.-G.**  
D 1, 9 Mannheim Tel. 287.  
Verlangen Sie Offerten und Ingenieurbesuch kostenlos.

**Sackstopfmaschine**  
zu kaufen gesucht. Angebote unter W. F. 181 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 276  
**Perlen**  
Bekanntes und bewährtes Perlenschnitzwerkzeug.  
reell zu hohen Preisen  
Günther-Sommer, Q 4, 1. B.









# Mur noch heute und morgen: PEER GYNT I. Teil

Grosses Filmwerk in 5 Akten.  
Vorführung: Peer Gynt: 3.20, 5.30, 8.40 Uhr. Luxuspflänzchen: 4.40, 5.50 Uhr.

Nach dem Drama  
von  
Henrik Ibsen

# Ada von Ehlers Luxuspflänzchen

in 4 Akten

## National-Theater

Donnerstag, den 27. Februar 1919  
21. Vorstellung im Abonnement D 337

### Leonce und Lena

Abend 7 Uhr. Kleine Preise. Ende 9 Uhr.

### Künstlertheater „Apollo“

Heute Donnerstag, abends 7 Uhr:

### Die Rose von Samsul

Kondja Gül... Helene Schütz als Gast  
Achmed Bey... Ernst Vogler

In Vorbereitung: Der dumme August.

## Friedrichspark

### Einladung zum Abonnement.

Das Abonnement beginnt am 1. April 1919 und endet mit dem 31. März 1920. 50164

Die Preise für Jahreskarten betragen:

- a) für die Einzelkarte: Mark 12.—
- b) für Familienkarten: Mark 12.—
- für die erste Karte: 6.—
- „ zweite: 5.—
- „ dritte: 3.—
- „ vierte: 2.—

Als zur Familie gehörig betrachtet werden der Familienvorstand, seine Ehefrau, seine minderjährigen Söhne (unter 21 Jahren), seine ununterstützten Töchter. Anmeldungen für Jahreskarten werden an unserer Kasse (Eingang zum Park) entgegengenommen und berechnungen jetzt schon zum Belage des Parkes und der Konzerte.  
Der Vorstand.

## Café Friedrichsbau

J 1, 3/4 Mannheim Breitestr.

Täglich ab 4 Uhr:

## Konzert

### Künstlerinnen-Orchester Wohrab

unter Leitung der

Violin-Virtuosin Fräulein Marie Wohrab

der temperamentvollsten deutsch-öster. Musikdirigentin

in. Solistinnen D73

## Opern-Abend

Programm:

- I. Teil:
  - 1. Triumph-Marsch aus der Oper „Aida“... Verdi
  - 2. Ouvertüre zu Goethe's Trauerspiel „Egmont“... Beethoven
  - 3. Walzer aus dem Ballett „Coppelia“... Delibes
  - 4. Schattentanz aus „Dinorah“... Meyerbeer
  - 5. Fantasie aus der Oper „Tisland“... Eugen d' Albert
- II. Teil:
  - 6. Introduction und Chor der Friedensboten aus der Oper „Rienzi“... Wagner
  - 7. Ouvertüre z. Oper „Figaros Hochzeit“... Mozart
  - 8. Scène de Ballet... Ch. de Bériot
  - 9. Solo für Violine (Fräulein Marie Wohrab)
  - 10. Fantasie aus der Oper „Mignon“... Thomas
  - 11. Ung.-Marsch u. „Faust's Verdammnis“... Berlioz

Dienstag, den 4. März:

## Richard Wagner-Abend

Versammlungssaal, Montag, 3. März 1/2 8 Uhr

### Fritz Odemar

liest

## Goethe-Heine

Karten im Mannheimer Musikhaus und Abendkasse.

Habe mich hier nach langjähriger Tätigkeit als Assistenzarzt und zuletzt als Oberarzt an der chirurgischen Abteilung der städt. Krankenanstalten in Mannheim als

### Spezialarzt für Chirurgie

niederzugesetzt. Sprechstunden: nachm. 2-4 Uhr.

Dr. med. H. Haas

O 2. 7a, u. Telephon 4519.

## Herd- u. Ofengeschäft J 7, 11.

Setzen, Putzen, Ausmauern und alle dazu gehörige Schlosserarbeit.

Herde und Ofen, die nicht brennen und nicht backen werden dazu gerichtet.

F. Krebs, Ofenzetzer, J 7, 11.

## Lumpen und Stoffabfälle

aller Art, kaufen in kleinen und großen Mengen ab jeder Station

A. Bahier Söhne, Karlsruhe L. D.

## Union-Theater

Heute letzter Tag unwiderruflich

# CARMEN

mit POLA NEGRI und HARRY LIEDTKE  
in den Hauptrollen.

Vom 28. Februar bis inkl. 6. März  
der beliebte Filmstern

## Henny Porten

in dem 4-Akter Filmschauspiel

# Irrungen

# Alle Register

menschlicher Leidenschaften offenbart uns die hochdramat. Handlung des groß. Films, dessen Schauplatz Italien ist und der unter dem Titel

# Kip - Kim - Kop

## Die Bezwingen des Todes

in ganz Deutschland das fesselndste Interesse finden wird. Q774

Elegante Ausstattung  
Herrliche Photographie

Ab Freitag, den 28. Februar

# Palast-Theater

## Allgemeine Rentenanstalt zu Stuttgart

Lebens- und Rentenversicherungsverein auf Gegenseitigkeit / Gegr. 1833.

### Lebensversicherung

unter Einfluß der Kriegsgesetze

nach neuen Tarifen und entgegenkommenden Bedingungen.

Versammlungssaal  
Freitag, 28. Februar 8 Uhr

II. Vorlesung  
**Max Grünberg**

1) Bilanz des Bolschewismus  
auf Grund authentischer Quellen v. Dimitry Gawronsky, Delegierter der Russisch-Sozial-evolutionären Partei zur Internationalen Sozialistischen Partei-Konferenz in Bern.

2) Aus Revolution Bolschewismus  
und das Ideal von R. Schickele.

3) Grabrede auf Spartakus  
von Arnold Zweig, Karten M. 2.—, M. 1.— im Mannheimer Musikhaus P 7, 14a, für Gewerkschaftsmitglieder gegen Ausweis 50 Pf., im Mannheimer Musikhaus und der Parteibuchhandlung.

Erprobte Haarfarbe  
Marke Rabot.  
Glatte und rote Haare haben braun u. schwarz unerschütterlich echt zu färben. Farbe dauerhaft. 2. 8.—  
Kurfürsten-Drogerie  
Th. von Elchstedt, R 4, 12 1/2.

Nähmaschinen  
alle Systeme repariert unter Garantie.  
Kandies, Weidm. L. S. 2.  
Polsterer genügt.

## Kaufmännische Angestellte

wollen uns sofort schriftlich mitteilen, wo die Wiedereinstellung durch eine Gebirgsabteilung umgangen ist, wo Kündigungen Wiedereinstellung für Ende März ausgesprochen oder beabsichtigt sind.

Verband Deutscher Handlungsgehilfen  
Geschäftsstelle Mannheim M 6, 12.

## Deutscher Wertmeister-Berband

Bezirksverein Mannheim I.

Sonntag, den 1. März 1919, abends 7 1/2 Uhr im Vereinslokal Restauration „Z“

### Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Z Tagesordnung:  
1. Beschlüsse des Gesamt-Vorstandes  
2. Berichterstattung der Gruppenvereine.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung bitten wir um zahlreiches und pünktliches Erscheinen.  
Der Vorstand

## Grund- und Hausbesitzer-Verein Mannheim E. V.

Donnerstag, den 27. Februar 1919, abends 7 Uhr  
Abend im „Kodesteiner“ Q 2, 16 im oberen Saal

### Mitgliederversammlung

Mit folgenden Tagesordnung:  
1. Kohlenpreis und Zentralheizung.  
2. Stellungnahme zu den Gemeindeforderungen.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebittet.

Der Vorstand:  
Dr. Weingart. Ch. Hoffmann

## R. Teumert

Zahnarzt F 1, 3  
Künstl. Zähne, Zahnziehen  
in Brill. Behandlung usw.

Reparaturen U87

Umarbeitung (neue Platten)

## Detektiv-Institut und Privatauskunft „Argus“

L. Kaiser & Co., L. n. 1. 1., Kambien, 5 1, 2 — Telephon 2200.  
Vertrauliche Auskünfte jeder Art, Erhebungen in allen Kriminal- u. Zivilprozessen, Heiratsauskünfte.

## Hof-Kalligraphen Gander's

Schreib- und Handelskurse.

Gegründet 1857. — Diplom 1882.

### Tages- und Abendkurse

in sämtlichen kaufm. Fächern.  
Beste Gelegenheit für Damen und Herren jeder Alters, sich zu tüchtigen Buchhaltern, Kontoristen, Kontoristinnen, Stenotypistinnen etc. auszubilden.  
Kurse Ausbildungsgang, Mäßiges Honorar.  
Zu Stellungen behilflich. Prospekte kostenlos. Halbes Gebr. Gander, C 1, 8 Paradedplatz.

## Das Umpressen von Damenhüten

Bitte schon jetzt vornehmen zu lassen.

### Herrnhüte

werden auf „R u“ bergestellt.  
Mutwascher Alfred Joos  
Mannheim, Q 7, 30. Telephon 6080.